



CDU-Innenpolitiker über Probleme informiert

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Lieben Kolleginnen und Kollegen,

da sich für mich die Redaktions- und Postwege nicht immer erschließen, weiß ich nicht genau, ob ich Euch in diesem Moment schon im neuen oder noch im alten Jahr erreiche. Sollte dem so sein, dann nehmt meine herzlichen Wünsche für ein sowohl dienstlich als auch privat erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2011 mit hinüber.

Das wieder mal ein Jahr anbricht, in dem wir in der Polizei mit Veränderungen zu rechnen haben, ist für uns alle nichts Neues. Insofern brauche ich auch längst nicht mehr zur Gelassenheit aufrufen, denn in Hektik verfallen wir geübten Reformierten nicht mehr. Zum Glück sind wir eine Sorge los. Vor einem Experiment mit einem ganz neuen Chef im Thüringer Innenministerium, mit vielleicht wieder ganz anderen Ansichten, braucht uns nicht mehr Bange sein. Es ist gut, dass wir keine neue Energie aufbringen müssen, um unser Gedankengut und all das neu zu erklären, was uns als Gewerkschaft der Polizei wichtig ist. Unser neuer war in den letzten Monaten ohnehin auch der alte Ansprechpartner zur Polizeireform und für die Dinge, die wir zu verbessern aufzeigten.

Bereits einen Tag bevor unsere Ministerpräsidentin bekannt gegeben hat, wie ihre Entscheidung für das Ministeramt aussieht, habe ich unserem damaligen

Staatsekretär gegenüber gesagt, dass ich ihn in der Rede zum Festakt „20 Jahre GdP in Thüringen“ bereits fest als Thüringer Innenminister verankert und keine Lust habe, diesen Text noch einmal zu ändern. Wir wünschen ihm nun alles Gute und sichern unsererseits die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu. Das Versprechen, ihn auch in Zukunft sehr offen auf erkannte Bremsklötze in der Thüringer Polizei aufmerksam zu machen, haben wir zum Treffen mit den Innenpolitikern der CDU-Fraktion des Thüringer Landtages in unserer Geschäftsstelle bereits abgegeben.

Unter anderem diskutierten wir über die gegenwärtige Gefahr eines Terroranschlags und begrüßten, dass man in der Thüringer Polizei eben nicht, vergleichbarer dem Aufwand zu früheren Gefährdungsprognosen, schon jetzt verrücktspielt. Es genügt, wenn wir erst dann zeigen, wie schnell wir mit unseren Kräften am Ende sind, wenn sich eine Gefährdung für den Freistaat Thüringen konkretisiert. Es war eine sehr realistische Betrachtung von dem, was wir derzeit leisten können. Die GdP hat verdeutlicht, wie wichtig ein Augenmaß der Polizeiführung darauf ist, dass die wie auch immer gelagerten Aufgabenstellungen vor Ort in den Landkreisen, wenn es gut läuft von nur drei, nicht selten aber von noch weniger Funkwagenbesatzungen umgesetzt werden müssen. Es nützt also gar nichts,

wenn der Wunschzettel zu bestreifender oder zu schützender Einrichtungen länger ist, als beim Weihnachtsmann und die Schicht aber gar nicht ausreicht, um alles einmal zu bereisen.

Eine weitere Diskussion ergab sich aus dem Einsatzgeschehen um die Castor-Transporte und die zuvor aus einigen politischen Lagern verlauteten Ausrufe zum Widerstand gegen die Polizei. Es war ein Thema, das man für ein Wegtransportieren von Menschen, wie schon in Wackersdorf praktiziert, durchaus wieder Kosten erheben sollte. Mit der Ansage an Demonstranten, dass man jetzt darüber entscheiden kann, ob man selbst das Gleis verlässt oder für einen „Obolus“ in Höhe von 1000 Euro durch Polizeibeamte getragen werden möchte, säßen vielleicht nur noch Wenige, die sich den Spaß etwas kosten lassen würden. Nicht zuletzt ist es auch eine Frage des Arbeitsschutzes, wie viel so eine Polizeibeamtin an Kilogramm überhaupt heben darf. Kommt es eines Tages zu einem Rückenleiden, so wird man bestimmt auf eine Vorschädigung plädieren, um seitens des Dienstherrn nicht dafür aufkommen zu müssen. Insofern lohnt es sich allemal für eine Kostenerhebung auf der Grundlage einer neuen Richtlinie für die Anwendung eines solchen unmittelbaren Zwanges zu kämpfen. Die Kosten für einen Castor-Transport in Höhe von 25 Millionen Euro sollten Anlass genug sein, darüber nachzudenken.

Thema war auch die nicht ganz unberechtigte Kleine Anfrage der FDP zum Stand der automatisierten Arbeitszeiterfassung in der Thüringer Polizei und der Ärger darüber, dass hierfür bereits einmal Geld eingestellt war, was dann für etwas „Wichtigeres“ abgezogen wurde. Selbstverständlich haben wir die Chance genutzt, an dieser Stelle einmal mehr Tarifbeschäftigte zu fordern. Gerade sie werden derzeit am häufigsten zur Erfassung der Arbeitszeiten missbraucht. Auch dagegen werden wir nun stärker angehen. Es ist nämlich keine reine Schreibleistung, die hier erbracht wird, sondern es

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

bedarfeiniger Kenntnisse über das Beamtenrecht und die Arbeitszeitverordnung. Darüber und über vieles andere dürfen sich unsere Tarifbeschäftigten aber in der Fortbildungsstätte der Thüringer Polizei leider nicht fortbilden!

Wir werden eine Höhergruppierung dieser Tarifbeschäftigten fordern. Das endet in aller Regel zwar mit dem Untersagen der höherwertigen Tätigkeit, hilft uns aber in der Argumentation, was uns dieser Wahnsinn kostet, weil wir Arbeitszeiten noch mit Kreide auf Schiefertafeln schreiben. Ich freue mich auf jedem Fall darüber, dass unsere Tarifbeschäftigten mehr und mehr in den Focus geraten und unser Kampf um sie Früchte trägt. Nie zuvor hat man so weit oben erkannt, dass die Arbeit der Tarifbeschäftigten in der Polizei auch dann bleibt, wenn deren Stellen gestrichen werden. Es ist nicht nur teurer, sie dann von Polizeibeamtinnen und -beamten machen zu lassen, sondern wir klauen dem Bürger die Polizeivollzugsbeamten, die er im Dienst an ihm nicht mehr sehen kann.

Meine Ansage an die politisch Verantwortlichen in diesem Land bleibt: Das Leistungsvermögen der Thüringer Polizei ist maßgeblich von ihren Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten abhängig. Sichern Sie deren Zukunft und damit eine erfolgreiche Polizei im Freistaat Thüringen!

Zwei Jahre Studium für Aufstieg

Von Prof. Dr. Thomas Ley, amt. Leiter des FB Polizei der Thüringer FH für öffentliche Verwaltung

Der Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Thüringen (FHöV) hat am 24. 8. 2010 bei der Akkreditierungsagentur ACQUIN e.V. eine wesentliche Änderung zu dem akkreditierten Studiengang „Polizeivollzugsdienst (B.A.)“ angezeigt.

Mit dieser Änderung ist vorgesehen, die Studiendauer für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte von drei auf zwei Jahre zu verkürzen, indem die Ausbildungsinhalte des mittleren Polizeivollzugsdienstes und die bisherige Berufserfahrung auf das erste und zweite Semester des bestehenden Studienganges angerechnet werden. Als Begründung für diese Maßnahme gab der Fachbereich neben dem Projektauftrag des Thüringer Innenministeriums als oberster Dienstbehörde auch Forderungen des Rechnungshofes, Aspekte des polizeispezifischen Personalmanagements und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium an.

Mit Datum vom 23. 11. 2010 liegt dem Fachbereich der Gutachterbericht vor, der von der Geschäftsstelle von ACQUIN e.V. zur Beschlussfassung an den zuständigen Fachausschuss und die Akkreditierungskommission weitergeleitet wird.

Im Gutachterbericht heißt es, dass die als Begründung für die Studienverkürzung angeführten Argumente stichhaltig sind, da die speziell durch den Landesrechnungshof eingeforderte sparsame Haushaltsführung, eine kürzere Entziehung der Aufstiegsbeamten von ihren Dienststellen, die schnellere Steigerung des Anteils an qualitativ gut ausgebildeten Beamten des gehobenen Dienstes und die Verpflichtung zum Angebot eines familiengerechten Studiums im Sinne des Thüringer Hochschulgesetzes von hoher Relevanz sind. Weiter wird festgestellt, dass das Konzept des modifizierten Studienganges geeignet ist, die Studienangangsziele in vollem Umfang zu erreichen, sofern die um zwei Semester verkürzte Studiendauer durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen (wie studienbegleitende Kolloquien, zusätzliche dozentische Beratungsangebote, die Versendung von Skripten und Lehrmaterialien bereits vor Studienbeginn sowie die Möglichkeit der elektronischen Recherche auf der Internetplattform der Fachhochschule) kompensiert werden kann.

Das verkürzte Studium beginnt für die Aufstiegsbeamten mit einem Basismodul (6 ECTS-Punkte), in dem ihnen neben fachlichen Inhalten insbesondere methodische Kompetenzen vermittelt werden. Bis auf dieses Basismodul erfolgt der Studienverlauf danach weitgehend im Gleichlauf von Einstiegs- und Aufstiegsbeamten. Dadurch soll gewährleistet werden, dass auch tatsächlich vergleichbare Kompetenzen zum Abschluss des Studiums erreicht werden. Neben dem Basismodul besteht der einzige weitere Unterschied darin, dass die Praxisaufsteiger im vierten Semester statt eines Praktikums den Wahlpflichtbereich I (Sprachen) zu belegen haben.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass sich die Thüringer Konzeption bezüglich des Sprachenangebots in einem ganz wesentlichen Punkt von anderen Länderkonzeptionen unterscheidet. So gehört zum Sprachenangebot nicht nur Englisch und Russisch, sondern auch Deutsch in der Verwaltungspraxis, womit auch an die Ausbildung herangetragenen Wünschen seitens der polizeilichen Praxis, der Staatsanwaltschaft und der Justiz Rechnung getragen wurde.

Die Entwicklung des Basismoduls erfolgte am Fachbereich durch einen unmittelbaren Vergleich der identifizierten offenen Lehrinhalte mit der Praxisrelevanz unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Aspekten der Studierbarkeit und der didaktischen Vermittelbarkeit. Dabei wurden Studierende, Modulkoordinatoren und Lehrkräfte in Experteninterviews und Workshops umfassend beteiligt. Die Konzeption des Moduls ist nach Gutachtersicht gelungen. Dies gilt insbesondere für die methodisch geprägten Lernziele und -inhalte. In der Gesamtschau wird die sehr beteiligungsorientierte Entwicklung und Implementierung des Basismoduls als vorbildlich und sehr positiv bewertet. Auch die zum Abschluss des Moduls vorgesehene Klausur als belastungsangemessen und adäquat beurteilt.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass die gelungene Konzeption ohne die hervorragende Arbeit der dreiköpfigen Projektgruppe nicht zu leisten gewesen wäre. Nun wird es darauf ankommen, die Konzeption in die pädagogische Praxis umzusetzen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 59 89 50
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

Redaktion:
Edgar Große (Vi.S.d.P.)
PD Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



FORUM

Zum Beitrag „WSZ und DuZ ausweiten“ in DP 12/2010 erreichte uns folgende Zuschrift:

Der Grundgedanke, der diesem Artikel zugrunde liegt ist aus meiner Sicht ja lobenswert. Ich persönlich, stehe der Variante WSZ, SZ und keine Zulage, durchaus positiv gegenüber. Nach nunmehr fast 20 Jahren im Schicht- und Wechseldienst muß ich mittlerweile sagen, daß es für die Schichtbeamten mittlerweile fast keine Anreizpunkte mehr gibt, in diesem zu verbleiben.

Der DuZ wird, zumindest was die PD Erfurt betrifft, nur sehr spartanisch gezahlt. Rückstände bis zu einem Jahr und mehr sind und waren hier keine Seltenheit. Ich persönlich, habe mit Stand Dezember, im November den DuZ des II. Quartals bekommen. Wenn man die Vergangenheit betrachtet ist dies schon ein beachtlicher Fortschritt, das II. Quartal bereits jetzt erhalten zu haben. Wann das III. oder gar das IV. Quartal gezahlt wird, steht allerdings noch in den Sternen.

Daher ist es sehr schön zu lesen, was man denn mit DuZ oder Schichtzulagen will. Wichtiger erst einmal wäre in meinen Augen allerdings, das man es schafft, den DuZ wieder regelmäßig zu zahlen. Man verlangt ja schließlich von uns auch, regelmäßig Nachts, Sonn- und Feiertage, sowie die Wochenenden zu arbeiten. Dies nur erst einmal zur Einführung.

Kommen wir nun zum leidigen Thema des Urlaubes in der Thüringer Polizei. Seit Einführung des BSM werden die Schichtbeamten regelrecht über den Nußel gezogen. Begonnen hatte dies, daß man verlangt hatte, einen Urlaubsplan zu erstellen, ohne einen Jahresgrunddienstplan zu haben. Oder mit den Worten des/der Behördenleiter zu sprechen, „Gebt Eure Urlaubswünsche ab, und wir schauen mal, was daraus wird.“ Nachdem ich im Anschluß an diese Aussagen meinen Urlaubsplan so abgegeben habe, wörtlich: „Ich plane meinen Jahresurlaub im Zeitraum vom 1. 1. – 31. 12. zu nehmen. Eine Konkretisierung der Termine erfolgt, wenn ein entsprechender Jahresgrunddienstplan vorhanden ist, damit ich entsprechend der Urlaubsverordnung planen kann.“

Hieraufhin wurde ich zur Dienststellenleiterin zitiert, welche mir disziplinarische Maßnahmen gegen mich ankündigte, da ich der Weisung der Abgabe des Urlaubsplanes nicht nachgekommen bin. Des weiteren hätte ich in eklatanter Art und Weise gegen die Wohlverhaltenspflicht (?) verstoßen. Wie gesagt, daß einzige was ich getan habe war, zu sagen, daß ich meinen Urlaubsplan konkretisiere,

wenn ein entsprechender Jahresdienstplan vorhanden ist.

Nachdem ich dann abgewatscht wurde, und den örtlichen Personalrat eingeschaltet hatte, war innerhalb einer Woche ein Jahresgrunddienstplan vorhanden, nach dem man planen sollte. Dieser entsprach aber in keinster Art und Weise unseren Schichtrythmus, sodass es wieder ein Minus in der Jahres- bzw. Monatsarbeitszeit ergab.

Kommen wir nun zur Steigerung dieser Schildbürgerstreiche auf Kosten der Schichtbeamten im Lande, des Freistaates, Thüringen. Mit Einführung des BSM, ich sage hierzu immer „BSE“, da dies am ehesten ausdrückt, was wir hier davon halten, wurde es noch besser. Dazu muß ich sagen, daß wir in der PD Erfurt ein 12-Stunden-Schichtmodell, mit vier Dienstschichten, fahren.

In der kurzen Woche haben wir Mittwoch und Donnerstag entweder 12h Tag- oder 12h Nachtschicht, jeweils von 06:00h- 18:00h oder 18:00h – 06:00h. In der langen Woche ergibt sich nun folgendes Bild: Montag und Dienstag entweder Tag oder Nacht, Freitag bis Sonntag jeweils entgegengesetzt Nacht oder Tag. Soviel zur Theorie.

Der Schichtbeamte, welcher einen 12h-Dienst verrichtet, wird zur Urlaubsplanung einem Tagdienstbeamten mit 8h gleichgesetzt. Eine Aufschlüsselung in 40h- und 42h-Beamten schenke ich mir jetzt hier. Der normale Beamte erhält, soweit ich in Erinnerung habe, 26 Tage Grundurlaub.

Nun zur höheren Mathematik. 26 Tage mal 8 Stunden ergeben: 208 Stunden Urlaub. Hört sich soweit gut an. Der Zusatzurlaub für den Schichtdienst, welcher nicht mehr nach Nachtschichten, sondern nach Schichten allgemein berechnet wird ergibt, im günstigsten Fall, wenn ich mich richtig erinnere 144 Dienste à 12 Stunden, 4 Tage Zusatzurlaub, Mit der Novellierung werden diese Zusatztage ebenfalls nur noch mit 8 Stunden berechnet und nicht wie man arbeitet mit 12h. 4 x 8h ergeben 32 Stunden Zusatzurlaub. Rechnen wir nun zusammen, 240h Urlaub.

Der Schichtbeamte, welcher, wir erinnern uns, 12h-Dienste hat, ist einem Tagdienstbeamten mit 8h gleichgestellt. Daraus ergibt sich, daß dieser Urlaub von Montag bis Freitag einreichen muß. Als Tagdienstbeamter (TdB) durchaus logisch, da dieser 8h bzw. 8:24h pro Tag bringen muß um die wöchentliche Arbeitszeit von 40 bzw. 42h zu gewährleisten.

Nun zur Thüringer Berechnung im Schichtdienst: Ich habe vor, Urlaub in der

kurzen Woche zu nehmen. Eigentlich mußte ich hierfür 2 Tage oder 24 Stunden nehmen, theoretisch. Da wir aber TdB sind, muß ich nun 40 Stunden Urlaub nehmen, nämlich von Montag bis Freitag von 06:00h – 14:00h. Das heißt ich habe hier 16 Stunden plus auf meinem Jahresarbeitszeitkonto verbucht. Plus im Urlaub?

In der langen Woche müßte ich 60h arbeiten, bekomme aber nur 40h Urlaub berechnet. Das heißt wiederum, ich mache 20 Stunden Minus, welche ich durch Mehrarbeit auf meinem Arbeitszeitkonto ausgleichen muß. Minus im Urlaub?

Noch verrückter wird es, wenn man in der langen Woche nur das Wochenende von Freitag bis Sonntag Urlaub benötigt. Hier bekommt man nun nur den Freitag mit 8 Stunden berechnet. Die Stunden des Samstag und des Sonntag, sowie 4 Stunden des Freitags sind „Solidarität“. D. h. ich habe hier 28 Stunden minus auf dem Arbeitszeitkonto. Wieder Minus im Urlaub!

Liebe Gewerkschaft, ich muß kein Mathe-Genie sein um festzustellen, daß hier ganz kräftig auf Kosten der Schichtbeamten besch.... wird. Wann wird von Eurer Seite hier endlich eingegriffen und diesem Unsinn Einhalt geboten? Dieser Unsinn geht nun bereits in dieser Form in das 3. Jahr. Was macht Ihr dagegen? Wo sind die Musterklagen an den Verwaltungsgerichten? Wo ist Euer Gang in die Öffentlichkeit? (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)

Lieber Erfurter Kollege, die Gewerkschaft kann nichts gegen einen Zustand tun, der ihr nicht bekannt ist. Nun ist er uns durch dein Schreiben bekannt geworden und wir können darauf reagieren. Die von dir geschilderte Urlaubsberechnung für den Schichtdienst war so nie geplant und widerspricht allen Absprachen zwischen Innenministerium und Hauptpersonalrat. Wir werden uns gemeinsam mit dem Personalrat der PD Erfurt und dem Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei der Sache annehmen und eine Klärung herbeiführen.

Gleiches gilt für eine kontinuierliche und zeitnahe DuZ-Zahlung. Dazu fordern wir seit Jahren eine professionelle Arbeitzeiterfassung für die Polizei, mit der auch eine automatische Meldung der Schichtzulagen und des DuZ an die zentrale Gehaltsstelle erfolgen kann. Wir werden so schnell wie möglich zu den Ergebnissen berichten.

Edgar Große, stellv. Landesvorsitzender



Castor-Transport – eine Notwendigkeit?!

Erfurt (jschw) Der 12. Castor-Einsatz vom 4. bis zum 9. November 2010 stellte auch in diesem Jahr eine besondere polizeiliche Einsatzlage dar. Nicht zuletzt wegen dem Einsatz von bis zu 17 000 Polizeibeamten und bis zu 35 000 Castorgegnern handelte es sich um einen Ausnahmeeinsatz, den es motiviert und professionell zu bewältigen galt.

Im Mittelpunkt stand nach wie vor die Endlagerfrage der nuklearen Brennstäbe in Gorleben, im Wendland, welche gerade in den letzten Wochen und Monaten vor dem eigentlichen Transport durch alle Medien zu verfolgen war. Natürlich war die Politik bemüht, dieses fast alljährliche Großereignis zu publizieren.

Das Wissen um die aktuellen politischen Entscheidungen ließ in diesem Jahr eine riesige Anzahl von Atomgegnern in das Wendland kommen, um ihren Unmut über die „Endlagerung“ zum Ausdruck zu bringen. So wurde der Transport von elf Castorbehältern aus dem französischen La Hague in das niedersächsische Zwischen- oder unter Insidern gehandelte Endlager die größte Herausforderung der letzten Jahre für die auf deutscher Seite eingesetzten Kräfte.

Jetzt waren es nur noch wenige Tage bis der angekündigte Castor-Transport rollen soll. Die Gefühle waren im Vorfeld mit Sicherheit gemischt. Was wird uns erwarten? Welche Erfahrungen werden wir sammeln? oder, Wie wird man uns empfangen? Diese und andere Fragen haben sich sicher viele gestellt und dabei den Respekt vor der zu erwartenden Lage gewahrt. Man beschäftigte sich auch mehr mit der Materie Atompolitik, um einen besseren Blick „fürs Ganze“ zu erlangen und um die eine oder andere Verhaltensweise der Menschen vor Ort besser verstehen zu können.

Die Einsatzkräfte unterzubringen war auch in diesem Jahr mit Sicherheit eine Herausforderung, um Anfahrtswege zum Dienstort so gering wie möglich zu halten. Die eingesetzten Kräfte aus Thüringen waren zusammen mit anderen Einheiten in einem Containerdorf, bis zu 40 km entfernt vom Einsatzort, untergebracht.

Was braucht der Einsatzbeamte nach einer langen Schicht mit mindestens 10 kg Ausrüstung und bei Temperaturen unter 0 Grad außer einer heißen Dusche und einer deftigen Mahlzeit? Ein warmes Bett in einem geheizten Zimmer. Diese Ansprüche konnten durchaus von die-

sem Containerdorf erfüllt werden. An dieser Stelle ist ein Dank an all diejenigen zu richten, die über den gesamten Zeitraum des Einsatzes hinter den Kulissen für das leibliche Wohl der dort untergebrachten Kolleginnen und Kollegen gesorgt haben. Vielfach war ein Lob an die



Großer Protest

Foto: Autor

Küche gerichtet worden und so ist in diesem Rahmen ein herzliches Dankeschön mehr als nur angemessen. DANKE

Worum geht es eigentlich? Vor dem Hintergrund, dass die politisch festgelegte Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke unabhängig von der Zwischen- bzw. Endlagerfrage zu betrachten ist, war auch in diesem Jahr der Auftrag für alle eingesetzten Kräfte klar. **Das Ding muss rein!** Für die Einen ist es Abfall der vergangenen Jahrzehnte, die es der deutschen Bevölkerung ermöglichen haben, Strom in allen Lebenslagen zu nutzen. Für die Anderen ist es eine lebensbedrohliche und existenzzerstörende Tatsache, die durch eine „höhere Gewalt“ in das Wendland gebracht wird.

Kurz um, es handelt sich um nicht weniger als 123 Tonnen alte ausgediente

Brennelemente der deutschen Atomindustrie, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den deutschen Atomkraftwerken zur Stromerzeugung genutzt wurden. In Deutschland gibt es keine Wiederaufbereitungsanlagen für Atom-müll. Daraus resultiert, nicht zuletzt auf Grund völkerrechtlicher Bestimmungen, eine Notwendigkeit, die verbrauchten Brennstäbe wieder in das eigene Land zu transportieren.

Der Müll, bestehend aus dem hochgiftigen, radioaktiven und silbrigen Schwermetall Plutonium, welches in Kraftwerken künstlich erzeugt wird, muss letztendlich irgendwo gelagert werden. Die Proteste der Anwohner und überhaupt der gesamten Antiatomkraftbewegung sind gewiss nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass schon wenige Mikrogramm auf Grund von Toxizität und radioaktiver Strahlung zum Tod eines jeden Menschen führen können. Ganz besonders an diesem Punkt stehen Einsatzkräfte in einem Gewissenskonflikt, den jeder für sich selbst festmachen und bewältigen muss, ohne dabei eigenes Engagement und seine hohe Einsatzbereitschaft in Frage zu stellen.

Nach Ansicht vieler in diesen Einsatz berufener Kräfte, seien es Einsatzbeamte, Hundeführer, Kollegen der Reiterstaffel oder der ärztlichen Dienste, hatte die Antiatomkraftbewegung auch in diesem Jahr viele Gesichter. Natürlich standen bei dem teuersten und langwierigsten Castor-Einsatz friedliche Proteste mit Fahnen, bunten Verkleidungen, Trommeln, Luftballonaktionen und Livemusik auf der Tagesordnung. Unmissverständlich sollte die breite Masse der deutschen Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht werden, dass es nicht nur im Wendland Menschen gibt, die nicht bereit sind die alleinige Verantwortung für ihren in den letzten Jahrzehnten produzierten Müll zu übernehmen.

Dem gegenüber fanden auch andere erwartete, unfriedliche Protestaktionen statt. Diese führten auch in diesem Jahr wieder zum Einsatz körperlicher Gewalt, bis hin zum Einsatz technischer Hilfsmittel. In diesem Zusammenhang war auch eine Vielzahl der sogenannten „eventorientierten“ Protestler angereist. Sie versuchten auf eine eher unfriedliche Art und Weise auf sich, ihren eigenen Standpunkt und ihren allgemeinen Unmut der deutsche Gesellschaft gegenüber auf-



EINSATZ

merksam zu machen. Weiterhin ist bekannt, dass sich eine nicht unerhebliche Anzahl von Protestlern dort versammelt hatte, ohne überhaupt zu wissen was sie mit ihrer körperlichen Anwesenheit bewegen wollten. Zu dieser Gruppe protestierender „Anwesenden“ gehören auch potenzielle Körperverletzte, der so genannte „schwarze Block“ und andere Mitglieder der autonomen Szene. Diese machten den eingesetzten Kräften weit mehr Sorgen, als eine unüberschaubar große Anzahl friedlich demonstrierender

Atomkraftgegner. So wurde das Spannungsfeld vom Schutz der Grundrechte vs. Meinungsfreiheit leider auch mit Steinen, Leuchtmunition, Pyrotechnik und Reizstoffen zwischen Polizei und Bevölkerung ausgefochten.

Eine Notwendigkeit des Einsatzes von Polizei bei einem solchen Großereignis kann an dieser Stelle sicher nicht in Abrede gestellt werden. Allerdings war und ist jedem eingesetzten Beamten bewusst geworden, dass persönliche Ansichten keine Rolle spielen dürfen, um den Erfolg

des gesamten Einsatzes nicht zu gefährden.

Zitat von Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in einer Pressemitteilung: „Die Atompolitik ist das jüngste Beispiel dafür, wie sehr sich die Politik von Bürgerinnen und Bürgern abzusetzen scheint. Die Verlässlichkeit in politische Entscheidungen scheint einer sich an tagesaktuellen Ereignissen orientierenden Beliebigkeit und einer zu großen Nähe der Wirtschaftslobby gewichen zu sein.“

AUS DEN KREISGRUPPEN

Wir sitzen in Nordhausen auf dem PAK

Ein Wort, mit dem die Kollegin oder der Kollege nicht viel anfangen kann. Doch eines war und ist den Beschäftigten klar, es kann nichts Gutes sein. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum dürfen Schwangere in den alten Gemäuern der Polizeidirektion keinen Dienst mehr verrichten und wieso soll es bei anderen (Nichtschwangeren) nicht gelten. Was ist mit der Kollegin die noch gar nicht weis, das sie schwanger ist. Die betroffenen Beschäftigten witterten: hier soll doch was vertuscht werden. Wieso klärt uns keiner auf, damit wir wissen was los ist.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff PAK? Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe, bestehend aus vielen einzelnen Stoffen, wenn ich das mal so laienhaft sagen kann. Der bekannteste Inhaltsstoff von PAK ist Naphthalin. Die Parkettböden wurden früher mit teerhaltigen Kleber verlegt, welcher durch Ausdünstung verschiedene Stoffe von PAK, u. a. dieses Naphthalin freisetzt. Die Grenzwerte nach heutiger Sicht sind zwischen 2000 ng/m³ und 20 000 ng/m³ in der Luft festgeschrieben. Dieser Wert dazwischen kann zu Befindlichkeitsstörungen führen. Alles was über 20 000 ng/cm³ Raumluft ist, kann gesundheitsgefährdend sein. Nach Aussage von Fachleuten sind diese Substanzen krebserregend und erbgutverändernd. Das sagt eigentlich alles über das PAK aus.

So wurde ich durch Kolleginnen und Kollegen in der Funktion des Personalrates beauftragt, mal Licht in das Dunkel zu bringen und nachzufragen, was denn hier in Nordhausen los ist. Die Angst geht um.

Das habe ich getan und fühlte den Verantwortlichen hier in der PD Nordhausen auf den Zahn. Der Beauftragte für Arbeitsschutz wusste recht wenig über die durchgeführte Messung im August 2010. Nach seinen Aussage leitete er bereits ei-

ne Messung im Jahr 2008 ein, dieses Protokoll lag ihm aber nicht vor. Er konnte nur sagen, Schwangere dürften in den Gebäuden nicht mehr arbeiten.

Diese pauschale Aussage reichte mir einfach nicht aus. Ich forderte Einsicht in die Messprotokolle und den Unterlagen. Die von 2008 wurden mir gezeigt und zur Verfügung gestellt, das von 2010 blieb ein Geheimnis.

Doch wurde ich zur Bauberatung am 19. 11. 10 in das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, mit natürlich vorheriger Absicherung der Verantwortlichen für Bau und Liegenschaften mitgenommen. So fuhr ich mit zu dieser Beratung. Dort waren weiterhin anwesend das Ing.-Büro, welche die Messungen der Raumluft im August 2010 durchgeführt hat, Vertreter des Thüringer Innenministeriums, Vertreter des TLBV und unser Beauftragter für Arbeitsschutz der PD Nordhausen, er durfte auch daran teilnehmen.

Das Ing.-Büro gab dort seine Empfehlungen aufgrund der vorliegenden Messergebnisse, die aus stichprobenartigen Messungen resultieren, bekannt. Ich war sehr erstaunt, das von seitens des TIM eine gewisse Arroganz gegenüber der Aussage des Ing.-Büros herrschte. Meine

Herren, sie sitzen nicht auf dem PAK und nehmen sie diese Aussagen bitte ernst.

Nach langem hin und her verfügte das TLBV mündlich vorab, aufgrund der Belastung im Haus F der PD Nordhausen, wird dieses Gebäude sofort gesperrt und die Kolleginnen und Kollegen müssten ausziehen.

Da fragte ich in die Runde, in welcher Form denn die Kolleginnen und Kollegen mal darüber informiert werden sollten. Die Antwort der Vertreter vom TIM war kurzerhand: hier geht nichts raus. So leicht ließ ich aber nicht nach und verließ meiner Forderung Nachdruck, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen informiert werden müssten, was hier gerade passiert – sie haben ein Recht darauf.

Das TLBV nahm sich der Angelegenheit an und sagte zu, die PD mit einem Schreiben zu informieren was auch den Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis gegeben werden kann. Am Montag dem 22. 11. 2010 lag bis zur Mittagszeit nichts aber auch gar nichts vor, was zumindest den Anschein erweckt, die Sache wird ernst genommen. So entschlossen wir uns, eine Information an alle Kolleginnen und Kollegen zu streuen. Die Beschäftigten nahmen diese Information wohlwollend zur Kenntnis und es brach wie vorab befürchtet keine Hysterie und Panik aus, denn die restlichen Gebäude sind zum Glück noch nicht so hoch belastet wie das Haus F. Es macht aber eine zeitnahe Beseitigung des PAK erforderlich, damit wir wieder alle klar durchatmen können, ohne zu niesen und zu husten.

Uwe Grunwald
Kreisgruppenvorsitzender



Der Erfolg in der Arbeit hat viele Väter

Saalfeld (SW) Am 3. 12. 2010 trafen sich die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe Saalfeld mit ihren Partnern zur Jahresabschlussfeier. Unter dem Eindruck der Vorweihnachtszeit wurde Rückblick auf das Jahr 2010 gehalten. Dabei konnte auf ein erfolgreiches Wir-

mehr zu Themennachmittagen des gesellschaftlichen Lebens werden.

Bei allen Erfolgen, in der Seniorenarbeit geht nichts ohne die Partner. Nicht nur, daß es keine Veranstaltung ohne sie gibt, sondern sie beteiligen sich aktiv an Vorbereitung und Durchführung dersel-

mit der gleichen Intensität, wie das Jahr 2010 gemeistert wurde und einem Zahn mehr, soll das Jahr 2011 gestaltet werden. Ein besonderer Höhepunkt des Jahres soll dabei die Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen der Seniorengruppe Saalfeld werden. Auch die Chronik zu



Gemütliche Feier zum Jahresausklang



Erich Hüttenrauch (l.) und Siegfried Wäntig erstatten Bericht

Fotos: Kreisgruppe

ken verwiesen werden. Die zahlreiche Teilnahme an der Veranstaltung zeigt das steigende Interesse am gewerkschaftlichen Leben nach einem aktiven und anstrengenden Arbeitsleben.

Einhellig wurde bezeugt, daß die Veranstaltungen im letzten Jahr vielseitig, informativ und interessant waren und damit immer mehr Senioren, wenn auch noch nicht alle, erreicht wurden. Nicht zuletzt spricht dafür, daß sich zwei ehemalige Gewerkschafter für den Wiedereintritt in die GdP entschlossen haben.

Bei ihrer Arbeit kann die Seniorengruppe auch auf das aktive Mitwirken der Kreisgruppe bauen. Besondere Unterstützung bekam sie u. a. von den Vertrauensleuten Jens Knoblauch und Andreas Landgraf, vom Kreisgruppenvorsitzenden Rainer Kräuter sowie den Leitungsmitgliedern Petra Müller und Gerhard Mörke.

Fest integriert sind mittlerweile Veranstaltungen wie, Bowling, Kräuterwanderung, Rennsteigwanderung, Pokalschießen, Pilzwanderung und der Stammtisch.

Während sich die Stammtische 2010 überwiegend mit wirtschaftlichen Problemen befaßten, sollen sie im Jahr 2011

ben. Besonderen Anteil hatten dabei Gisela Maak, Eva Baier, Martina Tetzner und Peter Bork.

Einhellige Meinung aller Teilnehmer der Jahresabschlußveranstaltung war,

zehn Jahren Seniorengruppe soll bis dahin auf dem aktuellen Stand sein und dann fortlaufend geführt werden. Nach einem gemeinsamen Abendessen wurde der Heimweg angetreten.

Jahresveranstaltungsplan Seniorengruppe Saalfeld 2011			
24.01.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
09.02.2011	Stammtisch - Themennachmittag	Eyba	15.00
07.03.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
18.04.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
04.05.2011	Kräuterwanderung (Ort wird noch bekannt gegeben)	???	09.00
11.05.2011	Stammtisch - Themennachmittag	Eyba	15.00
25.05.2011	Pokalschießen	Kamsdorf	15.00
30.05.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
22.06.2011	Busausflug in den Hainich (Ort und Zeit folgen)	???	???
29.06.2011	Rennsteigwanderung	Brand	09.00
11.07.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
22.07.2011	Festveranstaltung 10 Jahre Seniorengruppe	Eyba	15.00
10.08.2011	Stammtisch - Themennachmittag	Eyba	15.00
22.08.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
14.09.2011	Pilzwanderung (Treffpunkt wird noch präzisiert)	Saalfeld	09.00
03.10.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
20.10.2011	Schlachtfest (Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben)	???	???
09.11.2011	Stammtisch - Themennachmittag	Eyba	15.00
14.11.2011	Bowling	Gorndorf	15.00
30.11.2011	Jahresabschlussveranstaltung	Eyba	15.00
12.12.2011	Bowling mit Imbiß	Gorndorf	15.00



SENIORENGRUPPE

Am Stammtisch belauscht

Willi: Hallo Klaus, wie geht's Dir heute?

Klaus: Mir geht's blendend;

W.: Na nu, was gab's denn, dass Du ein völlig neues Lebensgefühl hast;

K.: Ich war bei unserer „Jungen Gruppe“ zu einem Gedankenaustausch eingeladen.

W.: Da hast Du wohl mit Deiner reichen Erfahrung und Deinem Wissen so richtig geprotzt?

K.: Wo denkst Du hin, der Gedankenaustausch soll doch dazu dienen das gegenseitige Verständnis für die vielseitigen Probleme des Alltages weiter auszuprägen. Wir wollen tiefer in die Ansichten und Denkweisen unserer jungen Kolleginnen und Kollegen eindringen, um sie besser verstehen zu können.

W.: Das klingt ja interessant. Kannst Du nicht mal etwas näher darauf eingehen.

K.: Einige junge Kollegen waren zum Beispiel erst einige Stunden vom Castor-

Einsatz zurück und konnten aus erster Hand von den Strapazen berichten.

W.: Ja ich hab da schon einiges gehört und im Fernsehen gesehen.

K.: Das alles spiegelt aber nur eine Seite wider und die noch nicht mal der Realität entsprechend.

W.: Ich kann mir schon denken, dass der freie Journalismus dabei seine Blüten treibt.

K.: Unsere jungen Kolleginnen und Kollegen mussten mehr als 24 Stunden am Stück Sicherungsaufgaben wahrnehmen und wurden bei dieser Kälte noch nicht einmal ausreichend versorgt.

W.: Das kann man sich ja gar nicht vorstellen. Da haben wir Alten, wenn man vom Altwerden einmal absieht, nun doch ein besseres Los.

K.: Es ging bei diesem Gedankenaustausch aber um noch mehr. Die Mitgliederanzahl soll ja weiter wachsen, damit unsere Interessen wirkungsvoll umgesetzt werden können. Und da, dass musst

doch selbst Du einsehen, haben die jungen Kolleginnen und Kollegen die meisten Potenzen.

W.: Wir waren da aber auch nicht untätig. Wir haben in unserer Gruppe im letzten Jahr zwei Kollegen wiedergewonnen für unsere Arbeit. Aber wie können wir dazu beitragen, dass die jungen Kollegen Interesse für die Gewerkschaftsarbeit zeigen.

K.: Genau darum geht es. Durch die Landesseniorengruppe wurde die Junge Gruppe in ihrer Arbeit tatkräftig unterstützt. Wir haben an deren Aktionen teilgenommen und unsere Erfahrungen einfließen lassen. Durch diese gemeinsame Arbeit konnten im letzten Jahr immerhin insgesamt weit über hundert neue Kollegen gewonnen werden.

W.: Das hört sich ja gut an. Dann sind wir Alten ja doch noch zu etwas gut. Na dann Prost !

WIR GRATULIEREN

75. Geburtstag

Bernhard Schmidt, KG Suhl 29. 10.
Günter Steding, KG Gotha 9. 12.

70. Geburtstag

Bodo Noll, KG Gotha 19. 10.
Joachim Badura, KG Suhl 22. 10.
Harald Gangnus, KG Suhl 3. 11.

Dieter Bechert, KG NTH 16. 11.
Siegfried Wäntig, KG Saalfeld 5. 12.
Uwe Lehmann, KG NTH 15. 12.
Jürgen Feistel, KG Saalfeld 27. 12.

65. Geburtstag

Hubert Wagner, KG Suhl 1. 10.
Günter Schlierf, KG Gera 4. 10.

Ursula Bork, KG Saalfeld 5. 10.
Klaus Quitz, KG Jena 11. 10.
Gerd Wunsch, KG NTH 3. 11.
Christel Gutzeit, KG Suhl 7. 11.
Helmut Müller, KG Suhl 26. 11.
Jürgen Hentschel, KG Gotha 6. 12.
Dieter Krüger, KG Saalfeld 8. 12.
Karl-Peter Bernt, KG A/F 14. 12.

SERVICE

Treffen geplant

ACHTUNG! Absolventen 1. OSK Abgang 1983 OHS „Artur Becker“ Bereitschaften

Alle ehemaligen Offiziersschüler der 1. OSK von 1980 bis 1983 sind aufgefordert, sich zu melden. Wir wollen uns Ende Oktober 2011 in Dresden treffen. Ein Besuch an der ehemaligen Hochschule (jetzt Behördenzentrum Neuländer Straße) und eine Elbdampferfahrt sind geplant. Für Übernachtungen ist jeder selbst zuständig. Ansprechpartner sind Wolfhardt Kothe und Erik Berger.

Bei Interesse Meldung bitte an wolfhardt_kothe@polmv.de oder an Erik.Berger@smi.sachsen.de

Regress

Teil der Leistungen der GdP für ihre Mitglieder ist bekanntlich die Dienst- und Regress-Haftpflichtversicherung. Aus gegebener Veranlassung weißt die Geschäftsstelle darauf hin, Schadensereignisse **zeitnah** mit dem entsprechenden Formular mitzuteilen. Dies ist bei schwierigen Sachverhalten zur Abwehr von un-

berechtigten Forderungen durch unsere Versicherung erforderlich. Die entsprechenden Formulare gibt es bei der Kreisgruppe und bei der Geschäftsstelle.

Anzeige

TAUSCHGESUCH

Ich bin POM bei der Bayerischen Landespolizei und verbringe meinen Dienst in der Dienstgruppe der PI Erlangen-Stadt (Raum Nürnberg-Erlangen-Fürth). Ich suche einen Tauschpartner im Raum Thüringen zum nächst möglichen Termin. Versetzung in ganz Bayern möglich. Bei Interesse oder Fragen einfach melden. Kontaktdaten: thomas.eichhorn@polizei.bayern.de oder 0176/22985596.





Einsatzentwicklung und Belastung der BePo ...

... in Sachsen-Anhalt

Die Einsatzeinheiten der Landesbereitschaftspolizei (LBP) kommen stets nur auf konkrete Anforderung der örtlich zuständigen Behörden zum Einsatz. Darunter fallen Großeinsätze zu Demonstrationen und Fußballspielen aber auch die Unterstützung der einzelnen Polizeireviere in der täglichen Aufgabenbewältigung. UPED (Unterstützung Polizeilicher Einzeldienst) wird es genannt. Unter Federführung der jeweiligen Behörde bzw. Dienststelle arbeiten die Einheiten der LBP dabei eng mit den örtlich zuständigen Kräften zusammen.

So werden die Beamtinnen und Beamten der LBP insbesondere an den Wochenenden zu den verschiedensten Einsatzenanlässen angefordert. Im Jahr 2010 wurden bisher sechs Abteilungseinsätze (Abteilungsführung plus Hundertschaften) 61 Hundertschaftseinsätze, 257 Zug-einsätze (Zug oder BFE) und 120 Gruppen- und Truppeinsätze durchgeführt. Das Feedback der Behörden ist dabei immer positiv.

In 23 Fällen folgte die LBP Sachsen-Anhalt dabei Unterstützungsersuchen anderer Bundesländer. Diese hohe Anzahl der Anforderungen sind ein deutlicher Beweis für das professionelle Handeln der LBP. Ein weites Feld nehmen dabei die Einsätze zu Fußballspielen in Magdeburg und Halle ein. In der vergangenen Saison 2009/2010 wurden insgesamt 4619 (davon 2988 LBP LSA) benötigt, die 30 655 Mannstunden (davon 23 088 LBP LSA) leisteten, um Fußball auch in unserem Bundesland zu einem friedlichen Massenvergnügen zu machen. Es handelt sich dabei aber nur um eine Regionalliga!

Zur Bereitschaftspolizei zählt aber auch die Polizeihubschrauberstaffel. Die Kollegen hatten in diesem Jahr bereits 440 Einsatzflüge, 89 Ausbildungsflüge und 48 Werkstattflüge. Dazu gehören auch das Polizeimusikkorchester und der Polizeiarztliche Dienst und Taucher.

Jens Isensee

... in Thüringen

Die Bereitschaftspolizei ist ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der Thüringer Polizei. Sie ist für geschlossene Einsätze innerhalb und außerhalb Thüringens zuständig, unterstützt den polizeilichen Streifeneinzeldienst und realisiert darüber hinaus eine Reihe von Spezialaufgaben für die gesamte Thüringer Polizei.

Die Einsatzbelastung durch Einsätze außerhalb Thüringens ist seit Jahren unverändert hoch. Obwohl es dort von Jahr zu Jahr deutliche Schwankungen gibt, werden Beamte der Thüringer Bereitschaftspolizei zwischen 15- und 25-mal pro Jahr in anderen Bundesländern unterstützend tätig. Dabei werden bis zu 100 000 Einsatzstunden geleistet. Jüngstes Beispiel für diese Einsatzbelastung war der Castor-Transport Anfang November dieses Jahres bei dem auch Thüringer Beamte 24 Stunden und länger ununterbrochen im Einsatz waren.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bewältigung von Einsatzlagen innerhalb Thüringens. Das sind in erster Linie Aufgaben zur Sicherung von Versammlungen und Aufzügen und die Sicherung sportlicher Großveranstaltungen, hier besonders von Fußballspielen. Auch hier wird ein Großteil der Kapazität der Bereitschaftspolizei gebunden. „Höhepunkte“ sind dabei immer wieder Veranstaltungen der rechten Szene mit entsprechenden Gegenveranstaltungen oder die Fußballspiele von Erfurt und Jena.

Viele Kräfte banden und binden in diesem Jahr die Rocker-Prozesse in Thüringen. Zur Sicherung eines reibungslosen, störungsfreien und friedlichen Ablaufes dieser Gerichtstermine werden fast wöchentlich, teilweise sogar mehrmals wöchentlich, Beamte der Bereitschaftspolizei, tätig.

Weiterhin sind in Thüringen die Polizeihubschrauberstaffel, der Polizeiarztliche Dienst, das Polizeimusikkorps, die zentrale Beschaffungsstelle und das Einkleidungshaus bei der Bereitschaftspolizei angesiedelt.

Edgar Große

... in Sachsen

Sachsen verfügt über eine gut motivierte, ausgerüstete und ausgebildete Bereitschaftspolizei, die dem Namen Verbandspolizei vor allem mit den positiven Merkmalen jederzeit gerecht wird. Die Bereitschaftspolizei ist eine wichtige Komponente im Sicherheitsgefüge der sächsischen Polizei. Von Jahr zu Jahr erweitert sich jedoch ihr Aufgabengebiet. Dabei ändert sich die Personaldecke nicht. Neue Aufgaben gehen nicht mit der Berechnung von Manpower einher. Ganz im Gegenteil, die Bereitschaftspolizei und deren Einsatzeinheiten haben wie andere Dienststellen auch damit zu kämpfen, dass Kollegen und Kolleginnen fehlen, und das nicht nur aus sozialen Gründen.

Diese Tatsache ist bekannt, genauso wie die Zahl der nicht verfügbaren Kräfte, die in manchem Bereich locker die 15%-Marke überschritten haben dürfte, das heißt: Die Stellen sind besetzt, die Kollegen stehen aber nicht zur Verfügung (FHS, Mutterschutz, Abordnung usw.).

Einsätze, die typisch und für die Bepo angezeigt erscheinen, paaren sich mit Einsätzen, die manchmal nur pro forma gemacht werden und die manchmal den Anschein haben, dass sie ausschließlich zur Beruhigung der Bürger des Freistaates oder zur Profilierung von Abgeordneten durchgeführt werden. Das ist einer der Gründe, warum die Einsatzbelastung steigt, Ruhephasen nicht mehr vorhanden sind und es nicht gelingt, die zugunsten der Beamten, ihrer Erholung und Gesunderhaltung dienenden Vorschriften durchzusetzen. Könnte sich die Bereitschaftspolizei auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren, würden manche Bereiche (wie Fortbildung u. ä.) besser, effektiver und effizienter bedient werden können. Trotz dieser Tatsachen meinen einige Politiker und Dauersparer, dass es in Sachsen zu viele Polizeibeamte gibt! Was soll man dazu noch sagen? Wahlergebnisse werden zeigen, was die Bürger davon halten.

Udo Breuckmann

